



„Wenn die schwache Baukonjunktur noch lange anhält, werden wir Fachkräfte und Produktionskapazitäten dauerhaft verlieren. Sollte die Nachfrage später wieder anziehen, ohne dass ausreichende Produktionskapazitäten zur Verfügung stehen, drohen erneut Lieferengpässe und steigende Preise für Baumaterialien“, warnt Ludwig und fordert: „Wir drängen daher weiterhin auf antizyklische Investitionsanreize, um die heimische Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu erhalten sowie den benötigten Wohnraum zu schaffen.“

Und dann wäre da noch eine der größten Belastungen für die Holzindustrie: die Entwaldungsverordnung der europäischen Gesetzgebung, kurz EUDR.

Bürokratische Hürden und ...
„Selbstverständlich begrüßt die Holzindustrie das Ziel der EUDR, die globale Entwaldung zu stoppen. Das grundlegende Problem der EUDR ist, dass sie, gemessen am Bürokratieaufwand, keinen Mehrwert bringt“, kritisiert Jöbstl und erläutert: „Die EUDR gilt nicht nur für den Import in die EU, sondern zusätzlich für Herstellung und

Forst und Holz in Europa

Wirtschaftsleistung

In 30 europäischen Staaten (EU27, Norwegen, Schweiz, Vereinigtes Königreich) beträgt die totale Bruttowertschöpfung – diese umfasst alle direkten, indirekten und induzierten Effekte, die auf die europäische Forst- und Holzwirtschaft zurückzuführen sind – rund 1.100 Mrd. (1,1 Bio.) €. Dies entspricht ungefähr der Wirtschaftsleistung Spaniens oder einem Anteil von 7,1% an der gesamten Wirtschaftsleistung dieser 30 Länder.

Handel innerhalb der EU. Die Entwaldung umfangreicher Flächen findet auf anderen Kontinenten statt, nicht in Österreich oder Europa. Dennoch müssen unsere Mitglieder nachweisen, dass von ihnen verarbeitetes Holz nicht durch Entwaldung in den Markt gekommen ist. Dabei versorgen sich unsere Betriebe hauptsächlich aus Österreich und angrenzenden Regionen unserer Nachbarländer.“

... fragwürdige Anforderungen

Obwohl die EUDR ab Jänner 2025 anzuwenden ist, seien noch viele Fragen der Umsetzung offen. Daher fordert die Holzindustrie eine längere Umsetzungsfrist und dass die EU-Kommission für die weitere Umsetzung die Prozesse in der Lieferkette und die betriebliche Praxis berücksichtigt. „Die EUDR muss nach den Wahlen zum Europäischen Parlament grundlegend überarbeitet und an die praktischen Anforderungen angepasst werden. Länder mit nachweislich stabiler, zu-

Arbeitsmarkt

Die Branche sichert europaweit in etwa 17,5 Mio. Arbeitsplätze. Dies entspricht circa der Einwohnerzahl der Niederlande. Mit jedem Arbeitsplatz in der Forst- und Holzwirtschaft werden weitere 1,2 Arbeitsplätze in anderen Sektoren geschaffen oder gesichert. Sechs Prozent der Beschäftigten sind im Durchschnitt in den 30 europäischen Staaten unmittelbar oder mittelbar durch die Forst- und Holzwirtschaft beschäftigt.

nehmender Waldfläche, nachhaltiger Waldbewirtschaftung und funktionierendem Gesetzesvollzug sind von den unnötigen bürokratischen Hürden auszunehmen“, fordert Jöbstl.

Wirtschaftliche Auswirkungen

Die zunehmenden und immer komplexeren Vorgaben der Europäischen Union seien eine wachsende Belastung für die Wirtschaft, bedauert Erlfried Taurer, Obmann-Stv. des Fachverbands der Holzindustrie Österreichs. Zwischen 2019 und 2023 habe der europäische Gesetzgeber den Unternehmen insgesamt 850 neue Verpflichtungen auferlegt, was mehr als 5.000 Seiten an Rechtsvorschriften entspricht. „Die nächste EU-Kommission muss den Fokus auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationsfähigkeit lenken. Es braucht ein ausgewogenes Verhältnis zwischen politischen Ambitionen und wirtschaftlicher Realität.“

Wunsch an Brüssel

Bei jeder künftigen Rechtsetzung sollte eine Folgenabschätzung erfolgen, die potenzielle wirtschaftliche, ökologische und soziale Auswirkungen gleichberechtigt prüft sowie die Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU berücksichtigt. „Für die Herausforderungen der Zukunft und die Transformation der Wirtschaft brauchen die Unternehmen Freiheit und Flexibilität statt Verengung und ständig neue Vorschriften. 25 Prozent weniger Bürokratiekosten bis 2029 sind ein guter Deal für Europas Zukunft“, betont Taurer.



Herbert Jöbstl, FV-Obmann Holzindustrie Österreich, legte 2023er Zahlen dar.

Finanzamts und der Sozialversicherungsträger nötig“, fordert Ludwig.

Sollten die bisher verabschiedeten Maßnahmen nicht ausreichen, seien weitere Impulse notwendig, etwa die Rückerstattung der Mehrwertsteuer für Baudienstleistungen und -materialien. Auch könne die KIM-Verordnung angesichts der hohen Zinsen und stagnierender Immobilienpreise ausgesetzt werden, um den Zugang zu privaten Baufinanzierungen nicht zusätzlich einzuschränken.